Bündnis Zukunft der Industrie

Gemeinsame Erklärung der High-Level Group im Rahmen der Industriekonferenz „Zukunftsperspektive Industrie 2030“ am 18.02.2016 im BMWi, Berlin

Industriepolitische Leitlinien und konkrete Forderungen für einen investitionsstarken und innovativen Industriestandort Europa

Wir stellen uns gemeinsam großen Herausforderungen, um unsere Industrie bei den vor uns liegenden Aufgaben und Rahmenbedingungen zu stärken. Steigender internationaler Wettbewerbsdruck, Unsicherheit in der europäischen Nachbarschaft, die aktuelle Flüchtlingskrise, aber auch Überkapazitäten in bestimmten Märkten – Europa befindet sich in schwierigem Fahrwasser. Gleichzeitig verändern neue technologische Entwicklungen im Zuge der Digitalisierung mit ganz neuen Herausforderungen die Anforderungen an historisch gewachsene Wertschöpfungsstrukturen.

Darüber hinaus verlangen gesellschaftliche Zukunftsaufgaben Antworten, die gemeinsam auf europäischer Ebene vereinbart werden müssen. Sicher ist: Die Herausforderungen für Wachstum und Beschäftigung können nur mit einer starken Industrie gelöst werden.

Wachstum und Beschäftigung sind eng an technologische Innovationen gebunden. Wenn die europäische Industrie imstande sein soll, die neuen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung, der Digitalisierung (Industrie 4.0), der neuen Mobilität, der Gesundheit und Ernährung, des Energiesystems und der intelligenten Netze (Transport, Kommunikation) anzunehmen, muss die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Industrie in diesen Zukunftsfeldern flankieren und schnell einen verlässlichen und hinreichend flexiblen Rechtsrahmen dafür entwickeln, innerhalb dessen sich die Wirtschaft entfalten kann.

Dabei ist die Industrie nicht nur auf stabile und verlässliche Rahmenbedingungen in der Handels-, Energie-, Umwelt- oder Klimapolitik angewiesen, mit denen sichere Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue geschaffen werden können, sondern auch auf die wirtschaftliche Konvergenz und den sozialen Zusammenhalt in Europa selbst.

Für die 52 Millionen direkt und indirekt Beschäftigten in der europäischen Industrie ist es elementar, an den Grundfreiheiten des Binnenmarktes festzuhalten und gleichzeitig faire Rahmenbedingungen auch bei der Entsendung sicherzustellen. Eine Beschädigung oder gar ein Scheitern des Schengen-Raums wäre eine Katastrophe für die Europäische Union, ihre Bürgerinnen und Bürger und den gemeinsamen Markt.

Vor allem der industrielle Mittelstand muss mehr unterstützt werden. Untersuchungen der OECD haben jüngst gezeigt, dass gerade im internationalen Wettbewerb stehende Großunternehmen in den OECD-Staaten oft technologisch führend sind. Aufgrund ihrer personellen und finanziellen Kapazitäten stehen kleine und mittlere Unternehmen beim Einsatz moderner Produktionstechniken hingegen vor besonderen Herausforderungen. Die Einführung einer breitenwirksamen und technologieneutralen steuerlichen Forschungsförderung beginnend mit KMUs in allen EU-Mitgliedsstaaten, wäre hier hilfreich. Bestehende Programme der EU sind jüngst durch den Investitionspakt und Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) mit einer starken Komponente für mittelständische Unternehmen – zu Recht nicht nur als „KMU“, sondern auch als „mid-cap“ bezeichnet – erweitert worden. Die Förderchancen für fortgeschrittene Technologien in der industriellen Wertschöpfung müssen auch über die Forschungs-, Mittelstands-, Regional- und Strukturfondsmittel des europäischen Haushalts vorangetrieben werden.

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ erwartet von der europäischen Politik klare industriepolitische Leitlinien. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt: Europa braucht eine starke und moderne Industrie. Der Ankündigung zur Re-Industrialisierung Europas durch die Europäischen Institutionen und der Zielstellung aus der Europa-2020-Strategie, den Anteil der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen EU-Wertschöpfung auf 20 Prozent zu steigern, müssen Taten folgen. Dabei muss das 20-Prozent-Industrieziel den gleichen Stellenwert wie das 20-Prozent-Klimaziel erhalten. Je moderner die Industrie in Europa produziert, desto schneller können weltweite Klimaschutzziele erreicht werden. Der Bedeutung der Industrie und der Rolle der Industriepolitik muss auf europäischer Ebene ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Alle politischen Initiativen und Gesetzgebungsvorschläge müssen auch im Einklang mit dem Ziel einer Re-Industrialisierung Europas stehen. Diese Vorschläge sollten um eine stärkere Berücksichtigung der sektoralen Wettbewerbsfähigkeit ergänzt werden.

Wesentlich für eine solche Strategie ist ihre gesellschaftliche Akzeptanz in den Mitgliedsländern. Das Bündnis unterstützt den sozialen Dialog auf europäischer Ebene, der bei neuer Rechtssetzung ebenso gestärkt werden sollte wie die autonome Sozial- und Tarifpartnerschaft. Deshalb müssen die Sozialpartner auf europäischer Ebene bei allen Vorschlägen mit beschäftigungs- und sozialpolitischen Auswirkungen noch stärker eingebunden werden – nicht zuletzt durch Sozialpartnerkonsultationen. Jedwede neue Rechtsetzung darf im Ergebnis den sozialen Dialog nicht schwächen und die Autonomie der Sozialpartner nicht in Frage stellen.

Grundgedanke einer europäischen Industriepolitik muss deshalb eine stärkere Kohärenz in Gesetzgebungsprozessen sein, um Investitionstätigkeit, Innovationsfähigkeit und Beschäftigungssicherung zu gewährleisten.

Vorrang müssen Investitionen in Europa haben. Gegenwärtig liegt das Investitionsniveau in Europa 15 Prozent unter Vorkrisenniveau, das heißt, es fehlen pro Jahr ca. 300 Milliarden Euro an Investitionen. Ziel muss daher sein, so schnell wie möglich diese Investitionslücke zu schließen und ein nachhaltiges Investitionsniveau in Europa sicherzustellen. Dazu kann die Politik mit stabilen Rahmenbedingungen einen Beitrag leisten.

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ sieht in einzelnen europäischen Politikfeldern konkreten Handlungsbedarf, um wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für einen innovativen und investitionsstarken Industriestandort Europa zu gewährleisten:

1. Globale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationen und Investitionen stärken

Wir müssen die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie im globalen Kontext stärken. Wir brauchen dazu auch einen fairen Wettbewerb mit anderen Industrieländern und den aufstrebenden Schwellenländern. Dafür sind globale Standards und Abkommen in wichtigen Themenfeldern erforderlich wie beispielsweise in der Handels- oder Klimapolitik, beim Marktzugang zu Rohstoffen und bei Arbeits- und Sozialstandards.

Europa braucht mehr Investitionen, sowohl von öffentlicher als auch von privater Seite. Dies gilt für Investitionen in Infrastruktur und Netze, in Forschung und Entwicklung, Software und Prozessverbesserungen. Der neue Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) bietet hierfür umfangreiche Möglichkeiten, die von Deutschland bisher zu wenig genutzt werden.

Die technologischen und industriellen Innovationen erfordern zudem eine Qualifikationsoffensive für Beschäftigte, um besser für die künftigen Entwicklungen gewappnet zu sein. Wir brauchen deshalb ein starkes Engagement – von Unternehmen und Beschäftigten – bei der Aus- und Weiterbildung in Europa.

Nicht zuletzt gilt es, Bürger und Verbraucher auf diesem Weg des technologischen Wandels einzubinden und mitzunehmen und so ein positives Klima der Offenheit gegenüber Innovationen zu schaffen. Dazu gehört auch die Prüfung der Auswirkungen neuer Regulierung auf die Innovationskraft und -fähigkeit Europas (Innovationscheck).

Die Modernisierung der deutschen wie der europäischen Industrie sollte von der Europäischen Kommission durch branchenspezifische Politikansätzeunterstützt werden:

- durch komplementäre Investitionen in die europäische Infrastruktur für Verkehrs-, Energie-, Informations- und Telekommunikationsnetze. Diese können durch private Investitionen befördert werden. Sie müssen jedoch auch durch öffentliche Förderung und Investitionen durch die Mitgliedstaaten, die Europäische Investitionsbank und eine entsprechende Prioritätensetzung zugunsten von Investitionen im Haushalt der Europäischen Union vorangetrieben werden;

- durch die Förderung von Schlüsseltechnologien, um eigene europäische Antworten auf die Digitalisierung zu finden und in den Zukunftsmärkten mit eigenen innovativen Produkten handlungsfähig sein;

- durch einen stärkeren Fokus auf grenzüberschreitende Projekte, z. B. im Bereich einer europäischen Breitbandinfrastruktur und europäischer Energie- und Verkehrsnetze.

2. Energieunion schaffen und Potentiale für Energieeffizienz nutzen

Die EU-Kommission hat eine „belastbare Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik“ als eine von zehn Prioritäten ihrer Amtszeit benannt. Mit der Energieunion haben wir die große Chance, Europa im Energiebereich stärker zu machen und die europäische Integration weiter voranzutreiben. Dazu gehören die Frage der Gas-

versorgungssicherheit, aber insbesondere auch Fortschritte bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern gerade auch aus Gründen der Versorgungssicherheit.

Wir brauchen mehr Europa auch und gerade in der Energiepolitik. Das Design des europäischen Strommarkts ist ein wichtiges Element, um

- eine kosteneffizientere, sichere Versorgung,
- höhere Energieeffizienz und
- die zunehmend marktorientierte Entwicklung der erneuerbaren Energieträger in Europa voranzutreiben.

Die Weiterentwicklung des Energy-Only-Marktes kann als EU-weites Modell zur Integration der nationalen und regionalen Strommärkte dienen.

Auf EU-Ebene braucht es eine kohärente Energie- und Klimapolitik bis 2030 und darüber hinaus. Inkonsistenzen zwischen Instrumenten zur Treibhausgasreduktion, zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz sind zu vermeiden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz im Bereich Gewerbe und Industrie unterschiedlich und zum Teil auch durch physikalisch-technische Limits begrenzt sind.

- Der Energiesektor und die größten Teile der Industrie werden bereits hinsichtlich der Verbesserung ihrer Energieeffizienz durch den EU-Emissionshandel gesteuert.
- Die größten Potentiale zur Steigerung der Energieeffizienz in der EU liegen in der Mobilität und im Gebäudebereich, der mit über 40 Prozent Primärenergiebedarf den größten Anteil ausmacht. Künftige Maßnahmen müssen dies berücksichtigen.
- Ambitionierte Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz verringern die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von Energieimporten. Sie leisten zudem einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Kosten der Energiewende.
- Effizienztechnologien sind zudem zukunftsfähige Produkte für die wachsende Nachfrage auf den Weltmärkten und schaffen so neue Arbeitsplätze. Die EU muss aber bei der Energieeffizienz einen verlässlichen Zielpfad etablieren. Absolute, verpflichtende Einsparziele auf Unternehmensebene sehen wir dabei kritisch. Insbesondere sind physikalisch-technische Limits zu berücksichtigen.

3. Weltweit Verbindlichkeit in der Klimapolitik erreichen

Wir unterstützen die Klimabeschlüsse von Paris, die jetzt aber auch weltweit umgesetzt werden müssen. Weltweiter Klimaschutz kann nur gelingen, wenn die Lasten fair verteilt werden und alle Staaten verbindlich ihren zugesagten Beitrag leisten. Dafür muss sich die Europäische Kommission einsetzen.

Das geeignete Instrument in Europa zur kostengünstigsten Emissionsminderung ist der Emissionshandel. Bei der Ausgestaltung der 4. Handelsperiode im Emissionshandel muss die richtige Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und dem Setzen wichtiger Innovationsanreize in neue Technologien gefunden werden. Die Reform des EU ETS muss klima-, industrie- und beschäftigungspolitische Aspekte gleichgewichtig berücksichtigen. Für kosteneffizienten Klimaschutz brauchen die Unternehmen faire Rahmenbedingungen und langfristige Planungssicherheit. Wachstum darf nicht bestraft werden. Im Gegenteil, mit ihrer „Mission for Growth“ will die EU ihren Industrieanteil am BIP wieder auf 20 Prozent erhöhen. Dafür müssen die Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, effektiv und nachhaltig vor Carbon Leakage geschützt werden. Ansonsten droht bereits jetzt ein Investment Leakage. Die Erhöhung des vorgeschlagenen „Industrie-caps“ (Emissionsobergrenze) ist erforderlich, um überhaupt eine Chance zu haben, das Ziel der „Mission for Growth“ der EU erreichen zu können. Insbesondere für die energieintensiven Industrien sind die künftigen Regeln entscheidend. Die CO_2-effizientesten Anlagen dürfen keine

zusätzlichen und einseitigen ETS-bedingten Belastungen zu tragen haben. Ein effektiver Schutz vor Carbon-, Investment- und Job-Leakage ist auch nach 2020 solange zwingend erforderlich, solange Wettbewerber nicht vergleichbaren Belastungen wie die Industrie in Europa ausgesetzt sind.

Damit die Unternehmen im Wettbewerb weiter bestehen können,

- müssen die Anwendung eines sektorübergreifenden Korrekturfaktors und damit Abschläge bei der Zuteilung verhindert werden,
- dürfen die Benchmarks nicht pauschalverschärft werden, sondern müssen realistisch und machbar bleiben und
- muss die Carbon Leakage-Liste um Sektoren erweitert werden können, wenn dies durch zusätzliche Analysen begründet werden kann.
- Außerdem muss es weiter eine effektive Strompreiskompensation für unsere Industrien geben.

Bisher deckt der Emissionshandel nur rund 50 Prozent der EU-Treibhausgasemissionen ab. In den derzeitigen Nicht-ETS-Sektoren müssen auch Maßnahmen zur Emissionsminderung ergriffen werden. Hier sind kosteneffiziente nationale Klimapolitiken in allen EU-Mitgliedstaaten gefragt, deren Effektivität durch EU-weite Koordinierung und Kooperation gewährleistet werden sollte.

4. Zukunftsfähige Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche europäische Automobilindustrie setzen

Für die Zukunft der Automobilindustrie sind die CO_2-Regulierungen für Pkw und Nutzfahrzeuge besonders wichtig. Die Automobilindustrie ist mit dem Ziel, die CO_2-Emissionen bei Pkw bis zum Jahr 2020 auf 95 g/km zu senken, auf Kurs und wird ihre Anstrengungen fortsetzen, die Ziele sowohl bei Pkw als auch bei leichten Nutzfahrzeugen einzuhalten.

Nun beginnt die Diskussion um eine neue Regulierungsphase für die Festlegung von realistischen Zielwerten für die Zeit nach 2020. Eine effektive Reduktion der absoluten CO_2-Emissionen darf nicht nur angebotsseitig bei den Neuwagen allein ansetzen, sondern muss wesentlich breiter aufgestellt sein. Dazu gehört auch eine Berücksichtigung sonstiger Einflussfaktoren der Nachfrageseite auf den CO_2-Ausstoß wie das individuelle Fahrverhalten, die Fahrleistung und der Fahrzeugbestand.

Sicher ist, dass anspruchsvolle künftige Flottenzielwerte allein mit der Verbesserung der Energieeffizienz von Verbrennungsmotoren nicht mehr erreicht werden können. Die Integration alternativer Antriebe, insbesondere elektrifizierte Antriebsstränge, in die Serienproduktion sowie ihre Weiterentwicklung sind eine technische und ökonomische Herausforderung für die Automobilindustrie. Hierzu bedarf es einer aktiven, nachfrageorientierten Politik, um die neue Technologie zu unterstützen, zum Beispiel bei der Ladeinfrastruktur. Wir brauchen in Europa nachhaltige Marktanreize, z. B. durch eine steuerliche Förderung, für einen schnelleren Hochlauf der Elektromobilität.

Darüber hinaus müssen wir die Technologien im Bereich der Elektromobilität am Standort Europa stärken. Wir brauchen eine global wettbewerbsfähige Batteriezellfertigung in Europa und müssen die Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei den Batterie- und Speichertechnologien in Europa voranbringen.

5. Mehr Geschwindigkeit auf dem Weg zu einem digitalen europäischen Binnenmarkt

Wertschöpfungsnetzwerke machen keinen Halt an Ländergrenzen. Wichtig ist daher eine industrietaugliche Breitbandinfrastruktur in Europa. Top-Themen in einem einheitlichen digitalen Binnenmarkt müssen Cyber-Sicherheit, Datenschutz und vertrauenswürdige IT-Infrastrukturen sein. Wir müssen auf dem Gebiet eines gemeinsamen digi-

talen Binnenmarktes schneller vorankommen. Das Potential der Digitalisierung wird Europa nur nutzen können, wenn wir zügig einen gemeinsamen europäischen Rechtsrahmen schaffen.

Die von EU-Kommissar Günther Oettinger angestoßene Initiative „Digitising European Industry“ begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in diesem Feld zu stärken, schlagen wir vor:

- Jede künftige Gesetzgebung sollte einem „Industrie 4.0-Check“ unterzogen werden.
- Industrie 4.0 braucht globale Standards. Die europäische Politik sollte für die Verwendung von RAMI 4.0 (Referenzarchitekturmodell Industrie 4.0) auf Basis internationaler Standards und Spezifikationen in den Regionen der Welt eintreten. Dabei müssen Normung und Standardisierung in der Hand der industriellen Selbstverwaltung bleiben.
- Schlüsseltechnologien und -kompetenzen (wie z. B. die Mikroelektronik) müssen in Europa erhalten und gefördert werden.
- Wir brauchen ein „level playing field“ im europäischen Beihilferahmen. Das EU-Beihilfenrecht sollte nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Binnenmarktes, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der globalen Wettbewerbsfähigkeit weiterentwickelt werden.Tragfähige Regelungen für den Umgang bei Datenübermittlungen in andere Länder sind erforderlich. Wir begrüßen, dass eine Verständigung auf ein „EU-US Privacy Shield“ zwischen der EU-Kommission und den USA zustande gekommen ist, um Sicherungsmechanismen für den Schutz personenbezogener Daten von EU-Bürgern zu schaffen und den Anforderungen des EuGH-Urteils zu Safe Harbour Rechnung zu tragen.

6. Handelsbeziehungen zwischen EU und China gestalten

In diesem Jahr steht die Entscheidung zum Marktwirtschaftsstatus für China an. Diese Entscheidung hat sehr weitreichende politische und ökonomische Konsequenzen. Sie muss politisch, rechtlich und ökonomisch gut vorbereitet sein.

- Wir brauchen eine rechtssichere Bewertung, was sich aus dem WTO-Beitrittsprotokoll von China ergibt.
- Wir brauchen eine umfassende ökonomische Folgenabschätzung über die Auswirkungen einer möglichen Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China.
- Wir brauchen parallel dazu eine Debatte über die Weiterentwicklung der Handelsschutzinstrumente der EU.
- Wir sollten die Konsequenzen über einen möglichen Marktwirtschaftsstatus China mit wichtigen Drittstaaten wie z. B. USA und Japan gemeinsam erörtern und uns abstimmen.
- Wir fordern die Europäische Kommission und die EU-Präsidentschaft auf, mit Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften dieses Thema intensiv auf politischer Ebene zu beraten.